



Ausschuss für Europa und Internationales

46. Sitzung (öffentlich)

1. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:45 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2021 (PowerPoint-Präsentation s. Anlage) 5**
Gast: Seine Exzellenz Franc But
Botschafter der Republik Slowenien

- 2 Die Beziehungen der Landesregierung zu Polen, Ungarn und Slowenien 15**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5651
Vorlage 17/5652
Vorlage 17/5653
Vorlage 17/5793
 - mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 20

Gesetzesentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführung durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
sowie Internationales

– Wortbeiträge

4 Konferenz zur Zukunft Europas: Beteiligung von NRWs Zivilgesellschaft ermöglichen 25

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14048

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ab.

5 Die europäische und internationale Zusammenarbeit im Jahr 2021 27

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5798

– Wortbeiträge

6 Bewerbung des Ruhrgebiets als UNESCO-Welterbe (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5761

– Wortbeiträge

7 Grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz (*Bericht
beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*) **32**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5797

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **33**

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzesentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführung durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi) führt aus:

Ich freue mich, dem Ausschuss die Ansätze des Haushaltsentwurfes 2022 für den Zuständigkeitsbereich Europa und Internationale Angelegenheiten vorstellen zu können. Dabei möchte ich auf die wichtigsten Punkte unserer Planungen eingehen. Darüber hinaus werde ich Ihnen die Ansätze der Landesvertretungen in Berlin und Brüssel, des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie den Haushalt der Ruhr-Konferenz erläutern.

Der Haushaltsentwurf, den ich heute präsentiere, ist der letzte dieser laufenden Legislaturperiode. Als die Regierung im Sommer 2017 die Regierungsgeschäfte übernehmen durfte, belief sich der Gesamthaushalt für den Bereich Europa auf 1,6 Millionen Euro und der Anteil für Internationale Angelegenheiten auf 6 Millionen Euro. Seither verzeichnen wir einen sukzessiven Anstieg auf rund 4 Millionen Euro für Europa und 11 Millionen Euro für den internationalen Bereich.

Wir unterstreichen damit die Bedeutung, die die Landesregierung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit beimisst. Nordrhein-Westfalen hat internationale Interessen, die wir auch eigenständig vertreten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt stehen wir im Vergleich zu den Nationalstaaten der Welt auf Platz 18, im Bereich Europa auf Platz 7 und in der Europäischen Union auf Platz 6.

Damit gehen Verpflichtungen und Verantwortung einher. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Seit Juni 2020 gibt es deshalb einen Europabezug in unserer Landesverfassung. Wir verstehen ihn als Bekenntnis zu den europäischen Grundprinzipien, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und wir verstehen ihn als Auftrag zur Verwirklichung und Entwicklung des geeinten Europas.

Deshalb haben wir, um einige Beispiels zu nennen, gerade im für Europa besonders wichtigen Jahr 2019 (Brexit, Neuwahl des Europaparlamentes und Bildung einer neuen Europäischen Kommission) als Nordrhein-Westfalen den Vorsitz der Europaministerkonferenz innehatte, herausgehobene Projekte gefördert und durch ein verstärktes Informations- und Kommunikationsangebot für Europa geworben.

Die Landesregierung hat den Europagedanken unserer Gesellschaft, vor allem auch in der jungen Generation gestärkt, mit der Initiative „Europa leben und lernen“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“.

Wir haben im Rahmen der bilateralen Beziehungen die Verbindungen zu Frankreich, Großbritannien, Polen, Belgien, den Niederlanden und der Benelux-Union ausgebaut. In Tel Aviv haben wir ein eigenes Landesbüro eröffnet, das bilaterale Kooperationen in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur auf eine ganz neue Ebene hebt.

Unsere internationalen Partnerschaften haben wir gestärkt, Hauts-de-France, Schlesien, Japan, Ghana und um Nordmazedonien erweitert. Eigene Entwicklungspolitische Schwerpunkte erarbeiten wir, die dazu beitragen sollen, dass Menschen auch in anderen Ländern die Chancen zum Aufstieg haben und ihr Leben selbst gestalten können.

Den internationalen Standort Bonn haben wir gestärkt mit Neuansiedlungen. Die Zahlen der Haushaltsanmeldungen 2022 liegen Ihnen vor. Der Gesamtansatz 2022 des Ergebnis- und Transferhaushalts für Europa und Internationale Angelegenheiten weist gegenüber dem Gesamtansatz von 2021 ein Mehr von 370.000 Euro auf. Der Ansatz der beiden Landesvertretungen ist gegenüber 2021 um 40.000 Euro geringer geworden. Der Ansatz für die Ruhr-Konferenz reduziert sich gegenüber 2021 um rund 160.000 Euro.

Von den Gesamtmitteln entfallen auf den Bereich Europa 4 Millionen Euro. Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von 200.000 Euro.

Als größte Region im Zentrum Europas sieht die Landesregierung es weiterhin als eine ihrer prioritären Aufgaben an, einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Europäischen Union, des europäischen Gedankens und der Akzeptanz der Europäischen Union zu leisten. Die Erhöhung des Gesamtansatzes der Europamittel ergibt sich in erster Linie aus zusätzlichen Haushaltsmitteln zur Durchführung eines Frankreichjahres 2021/2022 sowie zur Unterstützung von Wettbewerben zur Europabil- dung. Finanziert werden zudem zusätzliche Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Brexit stehen, insbesondere zur Abmilderung der Folgen bei Schüleraus- tauschen, sogenannten Begegnungsmaßnahmen, mit dem Vereinigten Königreich.

Seit Jahrzehnten arbeitet Nordrhein-Westfalen in anderen europäischen Regionen zusammen, unterstützt die grenzüberschreitende Kooperation. Diese enge und ver- trauensvolle Zusammenarbeit bewährte sich gerade in der Covid-19-Pandemie. Nur allmählich konnten wir physische Treffen wiederaufnehmen. Lebendig und intensiv blieb aber der Austausch der Zusammenarbeit durch digitale Formate. Die Landes- regierung wird dem mit ihrem Angebot auch zukünftig Rechnung tragen und über die Pandemie hinaus neben Präsenzangeboten auch weiterhin digitale Formate an- bieten.

Exemplarisch für die Europaaktivitäten möchte ich kurz einige Punkte nennen. Zu- erst möchte ich das Frankreich-Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr, also das Weima- rer Dreieck, mit seinen vielfältigen zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen Formaten nennen, das bis Mitte 2022 fortgesetzt wird.

Dann freuen wir uns, im Jahre 2022 Ausrichter der vierten Grenzlandkonferenz zu sein mit den Niederlanden, die dritte war gestern in Enschede, die vierte wird am 22. März Gast sein dürfen in Aachen, die vierte Grenzlandkonferenz dann im vierten Euregio-Gebiet. Das Format nimmt inzwischen eine zentrale Funktion in der gemeinsamen Arbeit Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden ein.

Die Landesregierung engagiert sich in besonderer Weise für die Konferenz „Zukunft Europas“. Als einer von 18 AdR-Vertretern ist der Kollege Dr. Speich Mitglied in der Plenarversammlung. Die Landesregierung fördert aktiv die Bürgerdialoge und setzt darauf, dass die Konferenz das Momentum für eine Reform der Europäischen Union schafft. Die Landesregierung setzt sich zudem ein, die Stimme der Region in Europa besser hörbar zu machen.

Um insbesondere auch Jugendliche ohne expliziten Europabezug zu erreichen, setzt unser Pilotprojekt „EU-Jugendbotschafter@school“ auf einen neuen Ansatz., Junge EU-Botschafter und -Botschafterinnen werden an achten bis zehnten Klassen an Haupt- und Realschulen entsendet, um die europäische Idee zu kommunizieren und weiterzutragen sowie die Reflexion über das eigene Erleben von Europa anzustoßen.

Mit der italienischen Region Piemont laufen Gespräche über eine künftige Kooperation. Hier orientiert sich die Landesregierung grundsätzlich an der sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit Hauts-de-France und Schlesien, mit dem sogenannten kleinen Weimarer Dreieck. Die engen Beziehungen zum Vereinigten Königreich sollen neben Austauschmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler, den sogenannten Begegnungsmaßnahmen, auch mittels des im Jahre 2021 ausgelobten Jugendaustauschwettbewerbs „Team up! Jugendaustausch NRW-Großbritannien“, der besonders innovative Projekte von Jugendlichen in den Blick nimmt, gefördert und unterstützt werden.

Nordrhein-Westfalen hat darüber hinaus im Bundesrat ein deutsch-britisches Jugendwerk angeregt. Mit großer Stimmenmehrheit ist das im Bundesrat von den Ländern angenommen worden.

Auf dem Bereich Internationale Angelegenheiten entfallen von den vorgenannten Mitteln 10.900.000 Euro. Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von 130.000 Euro. Die Erhöhung des Gesamtansatzes ist im Wesentlichen erforderlich für den Studiengang European Studies an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, für Projekte zur Stärkung der Beziehungen zu Nordamerika sowie für Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten der Promotorinnen und Promotoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Anlehnung an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst.

Wie Sie wissen, setzt die Landesregierung, gerade mit Blick auf unsere historische Verantwortung, großen Wert auf die Verständigung mit Israel. Neben der vornehmlichen Förderung von Austausch und Begegnung werden die Beziehungen auch zunehmend von gemeinsamen zukunftsgerichteten Interessen geprägt. Die Aktivitäten des Landesbüros in Tel Aviv für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Kultur und damit die Stärkung der Präsenz Nordrhein-Westfalens in Israel stellen

auch im Jahr 2022 einen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Landes dar.

Die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik wurde in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Präsidenten von Ghana, Akufo-Addo, und dem luxemburgischen Außenminister feierlich eröffnet. Zeitgleich fand der erste wissenschaftliche Akademiesommer statt. Durch die Arbeit der Akademie wird die Rolle Nordrhein-Westfalens als internationaler Akteur gestärkt und Impulsgeber für internationale Frage weiter gestärkt.

Ich möchte noch einige Worte verlieren über die Vertretungen in Brüssel und in Berlin. Die Landesvertretung in Berlin soll „analysieren, aktualisieren, repräsentieren“. Mit diesen drei Schlagworten lassen sich die Aufgaben unserer Landesvertretung in Berlin, der sogenannten Botschaft des Westens, umreißen. Ob Kohleausstieg und Klimaschutz, Maßnahmen gegen die Pandemie, Ganztagsbetreuung oder Fluthilfe: Wesentliche und Nordrhein-Westfalen im Kern betreffende politische Entscheidungen und Weichenstellungen werden in Berlin vom Bundesgesetzgeber getroffen und vorgenommen.

Für die Landesregierung ist die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat daher nicht nur eine grundgesetzlich gebotene Pflicht, sondern ein politisch notwendiger Auftrag. Präsenz und Einfluss im Bund liegen im ureigensten Interesse des Landes. Diesen Einfluss stellen wir sicher mit der Landesvertretung beim Bund. Wir haben eine effektive und professionelle Arbeit der Einrichtung, die die Landesregierung in diesen Anliegen tatkräftig unterstützt. Wir machen Veranstaltungen in Berlin, in der sogenannten Botschaft des Westens.

Ich komme zu der Vertretung in Brüssel. Die Vertretung Nordrhein-Westfalens bei der Europäischen Union repräsentiert das Land auf europäischer Ebene. Sie wird auch im kommenden Jahr nordrhein-westfälische Interessen und Positionen in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen. Für das Jahr 2022 sind dafür Mittel in Höhe von 4,7 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 29.000 Euro weniger als im Vorjahr. Dieses Weniger resultiert daraus, dass im Vorjahr zusätzliche Mittel für einmalige technische Ersatzbeschaffungen notwendig geworden sind. Im Übrigen blieben die Ansätze gleich.

Durch die immer engeren Verpflichtungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene gewinnen die Aufgaben der Landesvertretung stetig an Bedeutung. Die Referentinnen und Referenten der Landesvertretung berichten ihren Ressorts und der Staatskanzlei fortlaufend über die aktuellen europapolitischen Prozesse und Ereignisse, den Fortgang der EU-Gesetzgebung und anderer europäischer Initiativen.

Nordrhein-Westfalen wird vertreten durch den Vorsitz der deutschen Delegation beim Europäischen Ausschuss der Regionen. Damit sind wir auch verbunden mit der Koordinierung der Sekretariate und auch beim Prozess der Erneuerung der Europäischen Union. Wenn es von Ihnen keine weiteren Fragen gibt, würde ich es bei diesen ergänzenden Erläuterungen zu meinen schriftlichen Ausführungen belassen.

Vorsitzender Dietmar Brockes bedankt sich für den Bericht. Der Ausschuss habe sich verständigt, dass der Minister heute in den Haushalt einführe. Den ausführlichen Bericht werde der Ausschuss noch im Nachgang schriftlich erhalten. Heute werde keine Aussprache durchgeführt.

Die Fraktionen sollten bis zum 15. Oktober ihre Fragen zum Haushalt einreichen. Das Ministerium beantworte die Fragen dann bis Ende Oktober. In der nächsten Sitzung am 12. November werde der Ausschuss sowohl die Aussprache zum Haushalt als auch die Änderungsanträge beraten und beschließen.

